

Marktgemeinde Hörbranz Gemeindevertretung

Hörbranz, am 15. Februar 2013

Protokoll Nr. 22

über die am 23.01.2013 um 20.00 Uhr im Sitzungszimmer des Gemeindeamtes Hörbranz stattgefundene öffentliche Gemeindevertretungssitzung, zu der alle Gemeindevertreter ordnungsgemäß eingeladen wurden.

Anwesend:

Bgm. Hehle Karl als Vorsitzender
Vizebgm. Srienz Petra
GR Biegger Siegfried
GR Jeglic Dietmar
GR Pinkelnig Gerhard
GR Rauch Georg
GR Siebmacher Josef
GV Bösch Erika
GV Einwallner Reinhold, Ing.
GV Fink Lukas
GV Frener Ruth
GV Hack Manuela (LAbg.)
GV Hagen Christoph (NR)
GV Hagen Thomas
GV Hagspiel Xaver
GV Haunold Susanne
GV Huber Rudolf
GV Hüttl Klaus
GV Mangold Herbert
GV Moosbrugger Lars
GV Paul Stefan
GV Schmitzer Andreas
GV Zuder Dieter
EM Ferrari Irmtraud
EM Gantschacher Jeannette
EM Gieselbrecht Bruno
EM Riederer Ferdinand
Steininger Karin
GSekr. Dr. Malz Beate

Auskunftsperson:

Schriftführerin:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden. EM Gantschacher Jeannette wird angelobt. Danach wird die Beschlussfähigkeit festgestellt und die Sitzung eröffnet.

2. Beschlussfassung Voranschlag 2013 sowie Feststellung der Finanzkraft

a) Voranschlag 2013:

Mit den in der vorangegangenen Sitzung besprochenen Änderungen (anpasste Gebührenerhöhungen) wurde der Voranschlagsentwurf den Gemeindevertretern rechtzeitig zugestellt. Dieser sieht Einnahmen und Ausgaben in Höhe von EUR 13.115.000 vor.

Der Voranschlag wird gruppenweise durchgearbeitet:

S. 7/8: Ein Gemeindevertreter der FPÖ stellt den Antrag, die Repräsentationskosten von EUR 21.000 auf EUR 17.000 zu reduzieren. Auf Rückfrage einer Gemeindevertreterin erklärt der Bürgermeister, dass darunter z.B. die Kosten für den jährlich stattfindenden Neujahrsempfang, für den Empfang der Neuzugezogenen, für den Kinderfasching, für das Weihnachtsessen der Gemeindevertretung etc. fallen würden. Der Vergleichswert des Vorjahres liege bei EUR 19.000. Daraufhin ersucht die Gemeindevertreterin den Antragsteller, zu erläutern, auf welche Veranstaltung dieser in Konsequenz zur Einsparung verzichten wolle. Der Antragsteller erläutert, ihm gehe es generell um Einsparungen. Ein Gemeindevertreter sagt dazu, dass die einzelnen Gemeindevertreter unmöglich über die einzelnen Budgetposten informiert sein können und stellt, wenn dies verlangt werde, den weiterführenden Antrag, erneut den Finanzausschuss mit der Beurteilung zu beauftragen. Ein Gemeindevertreter weist darauf hin, dass zum Voranschlag bereits im November 2012 eine Sitzung des Finanzausschusses stattgefunden hat und für die Mitglieder des Finanzausschusses bereits bei dieser Sitzung Gelegenheit gewesen sei, Fragen zu stellen.

Der Antrag (Reduzierung der Repräsentationskosten um EUR 4.000) bleibt mit 10 : 17 Stimmen in der Minderheit.

S. 19/20: Ein Gemeindevertreter erkundigt sich, in welchem Posten der Turnhallen-Neubau enthalten sei, woraufhin der Bgm. erklärt, dass dies unter „Erziehung, Sport und Wissenschaften“ falle.

Wie in der vorangegangenen Sitzung stellt ein Gemeindevertreter der Liste Christoph Hagen, BZÖ den Antrag, den Ansatz für die Sanierung Sportplatz von EUR 300.000 auf EUR 800.000 zu erhöhen.

In der darauffolgenden Diskussion wird vom Vorsitzenden und vom Obmann des Sportausschusses erneut erläutert, dass es sich bei den EUR 300.000 um eine Absichtserklärung handle, die Sanierung in Angriff zu nehmen. Realistischerweise könne innerhalb eines Jahres nicht mehr als ein aktualisierte Planung zusammen mit den beteiligten Vereinen, eine neue Kostenschätzung und der Start der Behördenverfahren in Angriff genommen werden.

Ein Gemeindevertreter der ÖVP stellt den Antrag,

- a) noch im Jahr 2013 mit der Sanierung zu beginnen
- b) über die Höhe des Ansatzes abzustimmen

Der Vorsitzende stellt klar, dass im Rahmen des Voranschlages über a) nicht abgestimmt werden kann und über b) ohnehin abgestimmt würde.

Der Antrag auf Erhöhung des Ansatzes von EUR 300.000 auf 800.000 bleibt mit 9 : 18 Stimmen in der Minderheit.

S. 24 (Position „Außerschulische Jugendziehung“): Ein Gemeindevertreter erkundigt sich nach konkreten Aktivitäten betreffend die Suche nach Räumlichkeiten für Jugendliche. Der Vorsitzende betont, dass bei der Offenen Jugendarbeit (OJA) des Sozialsprengels Leiblachtal zwei engagierte neue Sozialarbeiter im Einsatz seien und es seine Absicht ist, mit einem Ansatz von EUR 10.000 die Pläne (ev. Anmietung eines Jugendraumes) finanziell zu hinterlegen. Bisher konnten noch keine geeigneten Räumlichkeiten gefunden werden. Die Vizeobfrau des Jugendausschusses betont daraufhin, die Arbeit im Ausschuss vorantreiben zu wollen.

Ein Gemeindevertreter der SPÖ stellt den Antrag, den Ansatz im Posten 1/061 757 „Beiträge an Verbände und Vereine zur Förderung der Aufgabe“ von EUR 80.000 um EUR 12.000 zu erhöhen, um eine ganztägige Kinderbetreuung durch den Verein „i-tüpfle“ in der Ziegelbachstraße anbieten zu können. Daraufhin erläutert eine Gemeindevertreterin, dass durch die Tatsache, dass es sich beim OG des Gebäudes Ziegelbachstraße 14, in dem das „i-tüpfle“ angesiedelt ist, um provisorische Räumlichkeiten handle, für die kein ordentliches Bauverfahren durchgeführt worden sei, sondern eine Sondergenehmigung der BH eingeholt worden sei, wofür die Frist nun ablaufe. Wenn nun eine Dauerlösung zur Kinderbetreuung in den Räumlichkeiten stattfinden soll, muss ein eigenes Bauverfahren abgehalten und entsprechende Baumaßnahmen erfolgen. Zwei Gemeindevertreter bezweifeln das und verlangen, dass über den Antrag abgestimmt wird. Der Vorsitzende gibt zu bedenken, dass die Umsetzung ev. auch aus technischen Gründen nicht möglich sei.

Dem Antrag wird mit 25 : 2 Stimmen zugestimmt.

S. 44: Betreffend Straßenbau betont ein Gemeindevertreter, dass ein wichtiges Anliegen die Entschärfung des Straßenübergangs im Bereich des ehemaligen Zollamts Unterhochsteg sei. Der Vorsitzende weist er darauf hin, dass eine gemeinsame Verkehrslösung/Straßenraumgestaltung (es geht auch um Räumlichkeiten für den ÖAMTC) mit dem Land geplant sei und das Landesstraßenbauamt erst im Jahr 2015 wieder finanzielle Mittel zur Verfügung stellt. Von den anderen Fraktionen kommt die Forderung, bis dahin eine Übergangslösung/ein Provisorium zu schaffen. Ein Gemeindevertreter stellt den Antrag, im Jahr 2013 verbindlich daran zu arbeiten, einen sicheren Übergang zu schaffen. Der Vorsitzende schlägt vor, diesbezüglich erneut beim Landesstraßenbauamt vorstellig werden zu wollen und den Budgetansatz im Moment so zu belassen, weil die Kosten für etwaige Maßnahmen unbekannt sind.

Anschließend wird gesamthaft über den Voranschlagsentwurf 2013 in der vorliegenden Fassung mit der beschlossenen Änderung abgestimmt:

Mit 17 : 10 Stimmen wird dem Voranschlag 2013 die Zustimmung erteilt.

Auch die Finanzkraft 2013 wird mit EUR 6.777.300 festgestellt und einstimmig beschlossen.

3. Vergabe zur Platzgestaltung VS und MS

Betreffend die Vergabe der Platzgestaltung wurde den Gemeindevertretern als Beilage zu den Sitzungsunterlagen ein Amtsbericht verteilt.

Der Bgm. beantwortet eine Anfrage betreffend Leitungen (Kanal, Gas, Wasser) und stellt klar, dass es sich bei der vorliegenden Vergabeempfehlung lediglich um den Tiefbau-Bereich handle, der geplante Jugend-Cubus, die Fahrradständer und die Überdachung sind nicht berücksichtigt. Der Vorsitzende gibt eine Übersicht über die zu erwartenden Landesförderungen.

Einstimmig wird die Vergabe laut vorliegender Empfehlung zum Nettopreis von EUR 420.326,64 beschlossen.

4. Umwidmungen

Folgende Umwidmungsanträge werden behandelt:

78. Änderung des Flächenwidmungsplanes:

2. Beschlussfassung:

09 - 2012 Gst-Nr 2453/5 und .252
 an der Gwigger Straße
 675 m² von FL in Sondergebiet FS-Reitanlage
 lt. Planauflage

Während der Auflagefrist wurden keine Stellungnahmen oder Einwendungen gegen die geplanten Änderungen des Flächenwidmungsplans eingereicht.

Eine strategische Umwelterheblichkeitsprüfung ist erfolgt mit dem Ergebnis, dass keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten sind. Die Stellungnahmen der Amtssachverständigen und der Umweltabteilung wurden der Gemeindevertretung zur Kenntnis gebracht.

Das Wirtschaftsgebäude (Abstellbereich für Reitpferde) ist in Abänderung zur 1. Beschlussfassung in die Umwidmung mit einzubeziehen.

Einstimmig mit 27 : 0 Stimmen wird der Widmung in abgeänderter Form zugestimmt.

10 – 2012 Gst-Nr 1213/1
 an der Hofer Straße
 von FL in BW Baufläche Wohngebiet
 von FL in (BW) Bauerwartungsfläche Wohngebiet
 von BW und FL in Verkehrsfläche Straße
 lt. Planauflage

Während der Auflagefrist wurden keine Stellungnahmen oder Einwendungen gegen die geplanten Änderungen des Flächenwidmungsplans eingereicht.

Einstimmig mit 27 : 0 Stimmen wird der Widmung zugestimmt.

08 – 2012 Gst-Nr 650, 653, 654, 655, 656, 2615 und 2627/3
 an der Krüzastraße
 von (BBI) in Baufläche Betriebsgebiet Kategorie I, BBI
 von (Verkehrsfläche Planung) in Verkehrsfläche Straße und Ersichtlichmachung Fußweg
 lt. Planauflage

Während der Auflagefrist wurden keine Stellungnahmen oder Einwendungen gegen die geplanten Änderungen des Flächenwidmungsplans eingereicht.

Der Bgm. erläutert, dass im Rahmen der Straßentrassen-Prüfungen eine zweite Variante einer geraden Straßenführung vom Planungsbüro vorgeschlagen wurde (in Abänderung zur 1. Beschlussfassung

geänderte Straßenführung). Dies zeigt er anhand eines Plans und erklärt, dass beide Varianten von Sachverständigen geprüft wurden.

Mit 26 : 1 Stimmen wird der Widmung laut Vorschlag mit der geänderten geraden Straßenführung zugestimmt.

5. Grundstücksangelegenheiten

Der Bgm. erläutert die Grundablösevereinbarung vom 5.12.2012, die allen Gemeindevertretern mit den Sitzungsunterlagen zugegangen ist, betreffend die Gst-Nr 2708, 2505, 2515. Geplant ist ein flächengleicher Grundtausch von 139 m² gemäß dem Vermessungsplan des Vermessungsbüros Ender mit Datum vom 24.09.2012, GZ 1080-12. Der Grundtausch entspricht den allgemeinen Richtlinien für Straßenübernahmen der Marktgemeinde Hörbranz.

Einstimmig mit 26 : 0 Stimmen (EM Bruno Gieselbrecht erklärt sich befangen und verlässt den Raum) wird diesem Tausch zugestimmt.

6. Ergänzung Trinkwasser-Versorgungsbereich

Der Vorsitzende erklärt, dass der Wasserversorgungsbereich regelmäßig an den Flächenwidmungsplan angepasst werden muss. Der angepasste Plan zum Trinkwasser-Versorgungsbereich vom 14.01.2013, die den Gemeindevertretern als Beilage zur Tagesordnung zugesendet wurde, wird einstimmig beschlossen.

7. Antrag zur Gestaltung oberer Kirchplatz

Der Antrag der Grünen betreffend die Neugestaltung des gesamten oberen Kirchplatzes im Zuge der geplanten Verlegung der Bushaltestelle vom jetzigen Standort Bäckerei Gunz auf den oberen Kirchplatz wird behandelt. Von den Antragstellern wird ins Treffen geführt, dass eine Bushaltestelle dem oberen Kirchplatz eine zusätzliche Funktion gibt, für die dieser nicht geplant worden sei.

Dazu ruft der Bgm. die Chronologie der Ereignisse in Erinnerung. Nach dem Vorschlag auf Verlegung der Haltestelle hat eine Anrainerversammlung stattgefunden. Die Variante, die dort vorgestellt wurde und bereits vom Straßenausschuss und Raumplanungsausschuss behandelt wurde, zeigt er anhand einer Overhead-Folie. Derzeit werden die Vorschläge und Anregungen der Anrainer geprüft – auf technische Umsetzungsmöglichkeiten und eine Kostenschätzung gemacht.

Ein Gemeindevertreter merkt an, dass die präsentierte Lösung zu kompliziert sei.

Einstimmig wird beschlossen, den Antrag der Grünen in der Planung zu berücksichtigen.

8. Antrag Konzept zur Verkehrsberuhigung im Dorfzentrum

Ein Antrag der Grünen wird behandelt, der ebenfalls in Zusammenhang mit der Haltestellenverlegung steht. Die Antragsteller befürchten, dass der Wegfall des bisher viertelstündlich parkenden Busses im Bereich der Bäckerei Gunz zu einer höheren Fahrgeschwindigkeit des Durchzugsverkehrs führen könnte. Daher fordern sie eine verkehrsberuhigte Zone bzw. dass durch Experten ermittelt wird, was geeignete Maßnahmen sein könnten.

Nach Diskussion wird vom Obmann des Straßenausschusses vorgeschlagen, dieses Thema im Ausschuss zu behandeln. Dem wird einstimmig zugestimmt.

9. Antrag Parteiaussendungen im Hörbranz Aktiv

Der fraktionsübergreifende Antrag von SPÖ, FPÖ und Liste Christoph Hagen, BZÖ, dass alle Fraktionen die Möglichkeit erhalten sollen, in jeder Ausgabe des „Hörbranz Aktiv“ zu einem aktuellen Gemeindefachthema eine A4-Seite redaktionell zu gestalten, wird behandelt. Erläutert wird von den Antragstellern, dass die Idee sei, dass von jeder Fraktion abwechselnd Themenvorschläge gemacht werden sollen und dazu alle die Möglichkeit erhalten sollen, Stellung zu nehmen, ähnlich wie das in der Vorberichterstattung zur Volksbefragung Raststation praktiziert wurde. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass im Hörbranz Aktiv keine parteipolitische Werbung erscheinen soll. Wenn der Antrag wie formuliert umgesetzt werden sollte, wären mit Kosten in Höhe von ca. 20.000 Euro pro Jahr für die Gemeinde zu rechnen. Dies käme einer zusätzlichen Parteienförderung gleich. Dies wird von der Mehrheit der Gemeindevertreter abgelehnt. Es wird vereinbart, in einer gemeinsamen Besprechung aller Fraktionen ein Regelwerk für eine mögliche Berichterstattung mit der Meinung der Fraktionen zu erarbeiten. Der Antrag wird einstimmig vertagt.

10. Berichte

Der Bgm. berichtet über das Ergebnis der bundesweiten Volksbefragung zum Thema Wehrpflicht bezogen auf Hörbranz und bedankt sich bei den Wahlleitern sowie allen Mitgliedern der Fraktionen, die sich als Helfer im Wahllokal beteiligt haben.

Das Ergebnis im Detail:

4.636 Stimmberechtigte, abgegebene Stimmen: 2.100 (entspricht 45,3%)

49 ungültige Stimmen (entspricht 2,33%)

737 Stimmen für Berufsheer (entspricht 35,93%)

1314 Stimmen für Wehrpflicht (entspricht 64,07%)

11. Protokollgenehmigung Nr. 21

Von einem Gemeindevertreter wird angeregt, dass künftig in den Protokollen erwähnt wird, welche Fraktion einen Antrag einbringt. Der Bgm. weist darauf hin, dass man sich auf Ergebnisprotokolle geeinigt hat.

Vereinbart wird, dass künftig die antragstellende Fraktion erwähnt wird, nicht aber die Gemeindevertreter namentlich erwähnt werden.

Zum letzten Protokoll merkt ein Gemeindevertreter an, dass beim EM Christiane Mangold der akademische Grad „Mag.“ zu ergänzen ist.

Mit dieser Änderung wird das Protokoll Nr. 21 einstimmig genehmigt.

12. Allfälliges

- a) Der Bgm. weist auf zwei Veranstaltungen hin und verteilt Einladungen an die Gemeindevertreter: Am 24.01.2013, findet die Veranstaltung „Zukunftschance in Pflege

Verhandlungen darauf hinzuwirken, dass der „Giggelstein“-Bus wieder eingeführt werden soll. Der Bgm. erklärt, dass diese Streichung die Folge von Einsparungsmaßnahmen des Landbusses Unterland sei und weist auf die nächste Fahrplanklausur am 19.02.2013 hin.

- c) Eine Anfrage zu einem Vandalismus-Schaden bei den Bushaltestellen wird beantwortet.
- d) Ein Gemeindevertreter erkundigt sich, was mit den Anträgen passiert, die unter TOP 2 (Voranschlag) inhaltlich nicht behandelt werden konnten. Diese sollen offiziell als Anträge zur nächsten Gemeindevertretungssitzung eingebracht werden.
- e) Zwei Anfragen zum Bereich unterer Kirchplatz (in Bezug auf eine Straßenlampe und grundsätzliches Parkverbot in dieser Zone) werden beantwortet.

Ende der Sitzung: 23.22 Uhr

Die Schriftführerin:



Dr. Beate Malz

Der Vorsitzende:



Bgm. Karl Hehle